



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Hate Speech stoppen I – Stark zusammen gegen Hass im Netz

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt Hass und Hetze im Netz und außerhalb des Netzes.
2. Hate Speech und digitale Gewalt sind gesamtgesellschaftliche Probleme, denen sich der Landtag geschlossen entgegenstellt.
3. Die Mitglieder des Landtags betrachten sich als Botschafterinnen und Botschafter eines gesellschaftlichen Bündnisses für die Ächtung von Hetze im und außerhalb des Netzes.

Begründung:

Der Begriff Hate Speech umfasst nach der Definition des Europarats: „...jegliche Ausdrucksformen, welche Rassenhass, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus oder andere Formen von Hass, die auf Intoleranz gründen, propagieren, dazu anstiften, sie fördern oder rechtfertigen, unter anderem Intoleranz, die sich in Form eines aggressiven Nationalismus und Ethnozentrismus, einer Diskriminierung und Feindseligkeit gegenüber Minderheiten und Menschen mit Migrationshintergrund ausdrückt.“ (Europarat, Ministerkomitee, Empfehlung Nr. (97) 20 vom 30.10.1997).

Hate Speech ist kein virtuelles Problem, sondern vergiftet den Umgang der Menschen miteinander im Alltag.

Bei Hate Speech geht es darum, anderen die Würde, die Menschlichkeit und das Recht auf körperliche Unversehrtheit abzusprechen. Dieser Form von Hate Speech und den dahinterstehenden Einstellungen tritt der Landtag entschieden entgegen.

Hate Speech zeigt sich im Netz auf vielfältige Weise.

Sie trifft Kinder und Jugendliche, die Cyber-Mobbing und brutalen Angriffen ausgesetzt sind.

Sie trifft politisch und gesellschaftlich Aktive, die sich für die Gemeinschaft engagieren und für eine Sache eintreten.

Sie trifft religiöse Minderheiten.

Sie trifft Menschen mit Migrationshintergrund.

Sie trifft Frauen. Sie trifft Männer. Sie trifft queere Lebensformen.

Sie kann jede und jeden von uns treffen.

Bei Hate Speech geht es nicht um das Recht auf freie Meinungsäußerung – dieses Grundrecht werden wir immer verteidigen. Wenn aber politische Debatten entgleisen und in Hass umschlagen, gerät unsere Demokratie in Gefahr – dagegen steht der Landtag gemeinsam auf.